



Christa Wichterich

# Frauen als soziale Air Bags

## Ein feministischer Blick auf die

22

Ein Gutes hat diese Krise: Der Mythos, dass der Markt alles richtet und ein win-win-Spiel für alle sei, ist zerplatzt wie eine Spekulationsblase. Gut ist auch, dass die öffentliche Empörung darüber wächst, dass die Krise menschengemacht und der Profitlogik des Kapitalismus geschuldet ist. Zudem mehren sich gerade Stimmen, keineswegs nur von Feministinnen, die sagen, dass der Crash männergemacht ist und Derivate und Hedge Fonds Hirngeburten einer ebenso verantwortungs- wie maßlosen Männerkultur mit hohem Testosteronpegel seien. Die Regierungen, die das Kasino durch den Abbau von Kapitalkontrollen möglich gemacht, und die Beratungsfirmen, die all dies

empfohlen haben, sind auch nicht gerade frauendominiert.

Aber wodurch ist diese Systemkrise des Kapitalismus zustande gekommen? Welche Funktionslogik steht hinter boni-geilen Ackermännern und selbstverliebten Machermachos?

Die Krise markiert das Ende einer gigantischen Wachstumsphase. Dieser Expansionsboom, der gemeinhin Globalisierung genannt wird, war der Weg aus der Überproduktionskrise der 1970er Jahre. Damals floss wegen der übervollen Warenmärkte immer mehr Kapital auf den Finanzmarkt, Produktion wurde in die Bil-

liglohnländer des Südens verlagert, zur Neuorganisation der internationalen Arbeitsteilung wurden immer mehr Frauen und selektiv auch Migrantinnen und Migranten als flexible, unterbezahlte Arbeitskräfte am unteren Ende in die Wertschöpfungsketten integriert. Den Zugriff auf die Biodiversität und lokales Wissen konnten sich Konzerne durch Patentierung sichern. Durch Privatisierung wurde die öffentliche Daseinsvorsorge den Marktprinzipien unterworfen. Öffentliche Güter wurden privat angeeignet. Mehr Ressourcen, Menschen und Lebensbereiche wurden in die Warenproduktion und den Renditezwang einbezogen.

**POLSTER WEIBLICHE SORGEARBEIT** Die Expansionsstatistiken und Handelsbilanzen zeigen nicht, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlter und von Frauen geleisteter Sorgearbeit und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits funktioniert. Die Märkte setzen diese sozialen und natürlichen Leistungen voraus und eignen sie an, ohne Entgelt oder gnadenlos unterbezahlt wie personennahe Dienstleistungen, z.B. Altenpflege, weil sie angeblich „unproduktiv“ sind. Die Logik von Wachstum und Profit – das eher-

- Anzeige -

Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive. Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)



Unsere Themen:

- aktuelle Kommentare
- ökonomische Alphabetisierung
- Analysen der Finanzkrise
- Gewerkschaftlicher Widerstand
- Perspektiven der LINKEN

Einzelheft: € 6,50; Supplement: € 4,20

Abo: 11 Hefte + 6 Supplements

für € 62,-/Jahr (für Arbeitslose und Studierende: € 44,-); zum Kennenlernen:

Probeabo: 3 Hefte für € 10,-

Bestellen: Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Tel. 040/20 09 52 77-20  
[info@sozialismus.de](mailto:info@sozialismus.de)

## globalen Krisen

ne Gesetz kapitalistischer Märkte – funktioniert durch einen doppelten Mechanismus: Zum einen werden neue Märkte und Ressourcen erschlossen, neue Terrains und Methoden des Profitmachens gefunden – wie in der Globalisierung. Die andere Seite der Medaille ist Kostensenkung und dazu gehört, dass soziale und ökologische Kosten immer weiter aus den Märkten externalisiert und an die Individuen, soziale Zusammenhänge und die Natur verschoben werden. Diese Kosten gehen nicht in die Preisbildung ein, was die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv macht. Je neoliberaler die Politik, desto weniger Kontrolle und Regulierung dieser Prozesse.

So erzeugte der Globalisierungsboom Wohlstand und Konsum auch in Ländern des Südens, gleichzeitig aber auch in hohem Maße versteckte soziale und ökologische Kosten, neue Armut, soziale Unsicherheit, Hunger, Ressourcennot und Umweltkatastrophen. Eine gigantische Schere hat sich zwischen Gewinnen und Verlusten geöffnet, und Frauen schultern überproportional viel von den Verlusten und Kosten.

So wie feministische Ökonomie das Ganze von Wirtschaft und Arbeit, Produktion

wie Reproduktion, bezahlte wie unbezahlte Arbeit, Haushalts- und Marktökonomie, in den Blick nimmt, so muss sie auch das Ganze der Krise in den Blick nehmen. Auch wenn im Augenblick alle über die Finanzmarktkrise, die nun auf die Realwirtschaft durchschlägt, reden, zeigt sich die Systemkrise des Kapitalismus nicht nur im Platzen irrwitziger Spekulationsblasen und in Bankencrashes, sondern auch in einer tiefgehenden Reproduktions- und Versorgungskrise, nämlich der Ernährungs- und Armutskrise wie auch in der Energie- und Klimakrise.

Spekulation mit Pensionsfonds und Termingeschäften mit Nahrungsmitteln verdeutlichen, wie unter dem Expansionszwang Versorgung und Bedürfnisbefriedigung – das Ausgangsziel allen menschlichen Wirtschaftens – der Logik von Profit und Wachstum untergeordnet werden. Sie haben Symbolkraft für die Sorglosigkeit des Finanzkapitalismus gegenüber den Grundbedürfnissen der Menschen. Den Preis zahlen die Menschen mit ihrer Ernährungs- und sozialen Sicherheit: So stieg die Zahl der Hungernden in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 um 50 Millionen auf fast eine Milliarde Menschen.

**FRAUEN = JOBGEWINNERINNEN?** Frauen sind im Globalisierungsboom weltweit in die Arbeitsmärkte vorgestoßen, mit guten Qualifikationen und der Hoffnung auf Existenzsicherung, gleiche Rechte und Chancen. Gleichwohl sind sie von Gleichbehandlung und Gleichstellung noch immer weit entfernt. Je frauentypischer und je haushaltsnaher Arbeit ist, desto weniger ist sie auf dem Markt wert. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes verschiebt die Mehrzahl der Jobgewinnerinnen in flexible, gering entlohnte, sozial ungesicherte Jobs, und sie bleiben dort kleben. Deshalb schließt sich die Lohnschere zwischen Männern und Frauen partout nicht, deshalb sind 60 Prozent der *working poor* Frauen.\*

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zeigte sich Ende

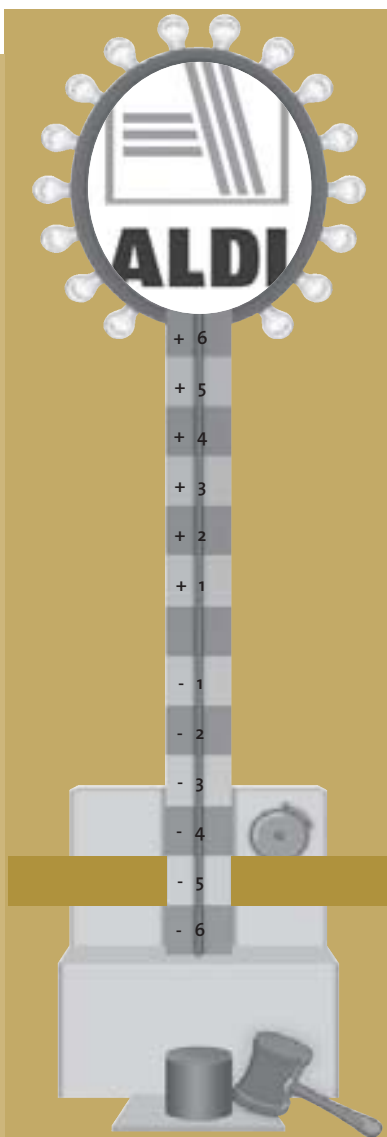
2008 die Krise bereits mit steigenden Zahlen von Erwerbslosigkeit, von *working poor* und informell Arbeitenden. Global betrachtet sind Frauen ohnehin schon die Mehrzahl in diesen drei prekären Bereichen und damit schlecht für Krisenzeiten gewappnet. Nicht zu vergessen, dass die Frauen in der Küche und am Kinderbettchen einen Zweitjob haben, woran die Mehrbelastung durch Erwerbstätigkeit nichts geändert hat. Knappe Haushaltskassen machen bekanntlich diesen Küchenjob und die Versorgung nicht leichter.

Die „Erstrundeneffekte“ der jetzigen Krise wirken sektoral und regional unterschiedlich. Kurz gesagt: In den Industrienationen sind Männer stärker betroffen, in den Entwicklungsländern Frauen. Beispiel Auftragseinbrüche im Exportsektor. Das

### Höhere Beschäftigungsquote – gleiches Einkommensgefälle

Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) stieg die Beschäftigungsrate von Frauen jahrelang an, während die von Männern stagnierte oder gar rückläufig war. 2007 arbeiteten weltweit allerdings 52% der weiblichen Erwerbstätigen höchst prekär oder „verletzlich“, so die ILO, nämlich 24% in Familienbetrieben und 28% selbstbeschäftigt. 46% waren formell beschäftigt und nur 2% Arbeitgeberinnen. Die Jobgewinne lagen in den letzten Jahren vor allem in flexiblen und informellen Arbeitsformen. Dies ist auch der Schlüssel dafür, dass eine Verringerung des Beschäftigungsgefälles zwischen den Geschlechtern – mit Ausnahme einiger EU-Länder – nicht zu einem geringeren Lohngefälle führte. 60% der *working poor* sind Frauen. In Sub-Sahara, Afrika und Südasien sind – trotz hoher Wachstumsraten z. B. in Indien – vier Fünftel aller Beschäftigten *working poor*.

Christa Wichterich in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, März-April 2009



Werte **Herren Albrecht!** Sie, Herr Karl A., sind Alleinherrscher bei Aldi Süd, und Sie, Herr Theodor A., bei Aldi Nord. Mit der Aufteilung Ihres Imperiums – in Österreich: „Hofer“ – vermeiden Sie die Veröffentlichung der Konzernbilanz. Immerhin erfährt man via „Forbes“, dass Sie, Herr Theodor Albrecht, mit einem Vermögen von 17 Milliarden Euro der zehntreichste Mensch der Welt sind. Doch das soll hier nicht das Thema sein. Auch nicht die Masche, mit der Sie als Billigheimer Erfolg haben – im Süden mit dem rigorosen Kampf gegen jegliche Gewerkschaftsbeteiligung, im Norden, indem Sie, zusammen mit Siemens, die Spalter-Gewerkschaft AUB schmierten.

An dieser Stelle die **ROTE KARTE** an Sie wegen Ihrer „Aktionswaren“ wie Schnäppchen-PC, Billig-Haushaltswaren und -Textilien, mit denen Sie bis zu 40 % Ihres Umsatzes bestreiten: Wie eine neue Studie enthüllte, werden diese Waren überwiegend in Süd-China „mit systematischen Verletzungen von Arbeits- und Frauenrechten erkaufte (...) Die meisten weiblichen Beschäftigten (in den entsprechenden Unternehmen) arbeiten bis zu 91 Stunden die Woche.“

Siehe: Ingeborg Wick, Aldi-Aktionswaren aus China, Südwind-Institut ([www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de))

## meldungen

### Kindergärtnerinnen

Mitte Mai lag das Ergebnis der Urabstimmung unter den gewerkschaftlich organisierten Erzieherinnen in deutschen Kindergärten vor. 89,9 Prozent der ver.di-Mitglieder stimmten für Streik – ein Streik ausdrücklich nicht für mehr Gehalt (obgleich die Einkommen eines Drittels der Erzieherinnen unter 1500 Euro brutto im Monat liegen). Streikziel ist ein besserer Gesundheitsschutz, ein Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Bundesweit sind 220000 Menschen – überwiegend Frauen – im Sozial und Erziehungsdienst beschäftigt (zehn Mal mehr als z.B. bei Opel). Die Kindergärtnerinnen leisten Schwerstarbeit (hinsichtlich der körperlichen Belastung vergleichbar der Arbeit am Band). Belastet werden vor allem der Rücken (Sitzen auf Kinderstühlen; gebückte Haltung; Kauern...) und das Gehör (gemessene Lärmpegel von bis zu 117 Dezibel). Ver.di-Pressesprecher Uwe Reepe: „Das ist, als wenn man sich in der Nähe eines startenden Düsenflugzeugs aufhält“. Laut einer Studie des sozialpädagogischen Instituts in Köln glauben 75 Prozent der Erzieherinnen nicht, dass sie in ihrem Beruf das Rentenalter erreichen. An den ersten Warnstreiks zum Auftakt des Arbeitskampfes beteiligten sich laut Gewerkschaftsangaben fast 20000 Menschen – weit mehr als erwartet worden war.

### „Bild“ hilft in der Armenküche

Nachdem sich Berlins damaliger Finanzsenator Thilo Sarazzin in der Boulevard-Presse ausbreiten durfte, wie Hartz-IV-Empfänger mit ihren Einkommen „gut & gesund“ eine Woche lang kochen können (s. LP21, Heft 5, S. 28) griff „Bild“, Regionalausgabe Hamburg, im Februar dieses Thema in großer Aufmachung auf. Andere „Bild“-Regionalausgaben folgten. Die Frage in „Bild“ (Hamburg; 23.2.) lautete: „Kann man für fast nix wirklich gesund kochen“? Fünf Frauen im Alter von 12 (!) bis 50 Jahren und ein Rentner, eingeladen von der „Hamburger Tafel“ und dem Großmarkt Hamburg, versammelten sich in der „Hartz-IV-Küche“. Köchin Andrea Sager zeigte den Gästen, dass das „billig-gut-gesund“ durchaus funktioniert. „Bild“ druckte dazu Allerweltsvorschläge wie „Saisonale Produkte verwenden!“ und „Die Angebote in den Supermärkten vergleichen!“. Da auch Armen-Essen inzwischen einen eigenen Markt darstellt, wurde auch gleich ein Kochbuch mit beworben, das dann allerdings mit 6 Euro so teuer ist wie viele Hartz-IV-Küchen-Essen. Von der vorgestellten Muster-Hartz-IV-Empfängerin „Dolly (59)“ heißt es: „50 Euro monatlich bleiben ihr fürs Essen.“ Bei drei Mahlzeiten am Tag sind das 55 Cent je Mahlzeit; selbst wenn man Diät verordnet und nur zwei Mahlzeiten pro Tag veranschlagt, kommt man je Essen auf 83 Cent. „Bild“ druckt dann als Muster das Rezept einer „Hähnchenschmorpfanne“, die angeblich nur 6 Euro für 4 Personen – oder je Person 1,50 Euro – kosten soll.

### Teilzeitarbeit

Nach einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (Nr. 160 vom 28. April 2009)

gingen 2008 in Deutschland 4,9 Millionen Personen, das sind 16% aller abhängig Beschäftigten, einer Teilzeitbeschäftigung mit einer Wochenarbeitszeit unter 20 Stunden nach. Teilzeitarbeit wird vor allem von Frauen ausgeübt. Mehr als die Hälfte gibt familiäre oder andere Betreuungspflichten als Grund für die Reduzierung ihrer Erwerbsarbeit an. 23% der in Teilzeit Beschäftigten nennen als Hauptgrund, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben. Während das in Westdeutschland 17% betrifft, sind es in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) rund 65%. Fast die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten ist auch geringfügig beschäftigt. Der Preis ist finanzielle Abhängigkeit, meist vom (Ehe)Partner oder von zusätzlichen Sozialleistungen.

### 60 Jahre Gleichberechtigung im Grundgesetz

1994 wurde das Grundgesetz, die deutsche Verfassung, ergänzt um den Satz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Die Umsetzung des Rechts auf Gleichberechtigung dauert im wiedervereinigten Deutschland bis heute an. Das Lohnungleichgewicht zwischen Frauen und Männern beträgt immer noch 23%. Das betrifft ausschließlich die offiziell registrierten Beschäftigungsverhältnisse; die millionenfache unentgeltliche Arbeit, vor allem von Frauen geleistet, bleibt ausgeklammert. Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft steht nach wie vor aus, obwohl die Absicht dazu bereits im Koalitionsvertrag von 1998 stand.

### Männer bekommen mehr Rente als Frauen

Nach den offiziellen Angaben der Deutschen Rentenversicherung bekamen ostdeutsche Männer 2007 im Durchschnitt 1043 Euro Rente monatlich, westdeutsche 967 Euro. Ostdeutsche Frauen mussten sich mit monatlich 669 Euro durchschnittlich zufrieden geben, westdeutsche mit nur 468 Euro. Sie haben weniger Vollzeit gearbeitet als ostdeutsche Frauen. Hinsichtlich der West-Ost-Unterschiede trägt jedoch der Schein; ostdeutsche Rentner und Rentnerinnen stehen nicht wirklich besser da. Sie haben nicht, wie viele westdeutsche Seniorinnen und Senioren Betriebsrenten; sie verfügen – im Unterschied zu den West-Menschen – nur sehr selten über Einkünfte aus Vermögen oder Mieteinnahmen. Die Rentenhöhe stagnierte in den vergangenen Jahren oder wurde nur kosmetisch erhöht. 2004 bis 2006 gab es Nullrunden; 2007 wurde den Rentnern ein Plus von 0,54 Prozent zugewilligt, 2008 dann ein solches von 1,1 Prozent. Die Renten sollen 2009 um 2,41 Prozent erhöht werden, bevor es 2010 wieder zu einer Nullrunde kommt. In der Folgezeit wird die Altersarmut besonders unter den Frauen stark zunehmen. Wenn das Rentensystem nicht reformiert wird, wird bei den jetzt 45-Jährigen selbst ein Durchschnittsverdienst nicht mehr ausreichen, um eine Rente zu erarbeiten, die die Armutsgrenze überspringt.

LP21-HAU DEN LUKAS, SCALA VON -6 BIS +6 -6 ... sechs minus -5 ... rote Karte -4 ... Thema verfehlt -3 ... Bohlen -2 ... Fehlbesetzung -1 ... Dünnbrettbohrer 0 ... Soll erfüllt +1 ... nicht schlecht +2 ... Cleverle +3 ... Überflieger +4 ... Tausendsassa +5 ... fast perfekt +6 ... Alle Neune

trifft in Ländern des Südens vor allem die Arbeiterinnen in Industrien, die Textilien, Schuhe und Spielzeug herstellen. In China standen in den vergangenen Monaten etwa zehn Millionen Wanderarbeiterinnen vor verschlossenen Fabriktooren. Im Norden verlieren dagegen Männer in den kapitalintensiven Schlüsselindustrien wie Automobil- und Maschinenherstellung ihre Jobs. Hinzu kommen Jobverluste im stark konjunkturabhängigen Baugewerbe. In den USA entfallen derzeit 82 Prozent aller Stellenstreichungen auf Männer. Dort trifft es aber auch die Aufsteigerinnen im Dienstleistungssektor, nämlich Frauen in der Finanz- und Immobilienbranche.

Als „Zweitrundeneffekte“ werden die staatlichen Ausgaben wegen der Verschuldung und die privaten Ausgaben wegen sinkender Beschäftigung und Entlohnung zurückgehen. Eine neue Welle des Kleinhackens von Beschäftigung in Teilzeit-, Leih- und prekäre Arbeit steht an. Ebenso sind Lohnabbau und Entlassungen durch Abspecken des öffentlichen Sektors, der Medien und des Handels zu erwarten – alles frauenintensive Sektoren. Die ILO geht davon aus, dass 2009 22 Millionen Frauen durch die Krise ihren Job verlieren werden. MigrantInnen werden von Einheimischen verdrängt, sodass sie weniger nach Hause rücküberweisen können.

Wie in früheren Krisen werden Frauen als soziale Air Bags gefragt sein, die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen und Kündigung der Männer auffangen, mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung ausgleichen, mit ehrenamtlicher Arbeit oder Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien. Frau von der Leyen hat bereits darauf verwiesen, dass die Familie in der Krise als „Bedarfsgemeinschaft“ Konjunktur hat.

### RETTUNGSSTAAT IM WEITER-SO-MODUS

Der Staat – sei es in den USA, Deutschland oder anderswo – agiert zuallererst als Rettungsstaat, um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien zu erhalten. Er verschenkt Milliarden an die Brandstifter, Zockerbanken und Überproduktionsindustrien, nachdem er jahrelang mit dem Argument leerer Kassen die Daseinsvorsorge gekürzt und mit seiner Fiskal- und Deregulierungspolitik gesellschaftlichen Reichtum zugunsten des Kapitals umverteilt hat. Jetzt verteilt er Verluste und Risiken von oben nach unten um.

Dabei bricht die staatliche Rettung keineswegs mit der Funktionslogik der kapitalistischen Märkte oder stellt sich Konzerninteressen entgegen. Im Gegenteil: Sie verpflichtet sich erneut dem Wachstum – siehe Abwrackprämie und Finanzspritzen für die Kaufkraft – und damit genau der Strategie, die die Krisen ausgelöst hat. Es wird behauptet, Wachstum würde Jobs sichern, obwohl Konzernwachstum in den vergangenen Jahrzehnten mehr Beschäftigung durch Flexibilisierung, Prekarisierung und Stellenstreichungen gefährdet als neue geschaffen hat und viele Sektoren unter Wachstum ohne Jobs leiden. Alle Rettungspakete, besser: Erneuerungspakete bleiben der kapitalistischen Logik treu, dass allein Finanzmarkt und Realwirtschaft Wachstum und Wert schaffen und zementieren den Widersinn, dass die Wachstums- und Kostensenkungsstrategie soziale Probleme und Umweltzerstörung verschärft.

Zwar haben selbst die G20 angekündigt, die Finanzmärkte strenger zu regulieren, und den neoliberalen Staatsrückzug aus dem Markt partiell und vorübergehend rückgängig machen zu wollen. Gleichzeitig drängt aber die EU im Rahmen ihrer „Global Europe“-Strategie Länder des Südens zu neuen Freihandelsabkommen, um für europäisches Kapital neue Märkte, Wachstums- und Profitchancen zu erschließen. In intransparenten Verhandlungen und ohne demokratische Kontrol-

le preist die EU Liberalisierung – auch der Finanzmärkte – als besten Weg aus der Krise.

Würde die Politik die Funktionslogik des Kapitalismus tatsächlich verändern wollen, dann müsste sie der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor Wachstum und Profit geben, das heißt, sie müsste die Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße stellen. Dazu gehört unter anderem ein neuer Protektionismus, der die Ernährung, soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung und Bahn dürfen nicht ins Kasino. Zudem reicht es nicht, die absurde Kasinologik der Finanzmärkte zu zähmen. Vielmehr gilt es, auch die industrielle ressourcen- und energieintensive Wachstumsbesessenheit in Frage zu stellen. Damit muss eine Umverteilung und Umbewertung von Arbeit, von Produktions- wie Sorgearbeit einhergehen. Erste Schritte dazu sind, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen und Anrechte auf soziale Sicherheit auch an unbezahlte Arbeit im Haushalt und Freiwilligenarbeit für die Gemeinschaft zu binden.

Ob aber die wirtschaftlichen Spielregeln demokratisch neu ausgehandelt werden und Kapitalinteressen zurückstecken müssen, hängt davon ab, wie sehr sich soziale Kräfte mit Interessen an Existenzsicherheit, gutem Leben und Gerechtigkeit als (Gegen-)Macht gegen Profitmaximierung formieren und den gesellschaftlichen Konsens des Wachstums aufkündigen werden. Im Kapitalismus gibt es jedenfalls kein Wachstum ohne Download der Kosten an die Schwachen und ebenso kein Wachstum ohne die nächste Krise.

\* working poor = Menschen, die trotz Beschäftigung bzw. wg. der nur sehr gering bezahlten Erwerbsarbeit in Armut leben

**Christa Wichterich** ist als Beraterin (Entwicklungszusammenarbeit), Soziologin, Autorin und Journalistin freibrieflich tätig und lebt in Bonn.